

IM KLARTEXT

INFORMATIONEN ZUR SOZIALEN MARKTWIRTSCHAFT

Die Ludwig-Erhard-Stiftung ist bei aller Entschiedenheit ihres Engagements für Freiheit und Verantwortung in Staat, Gesellschaft und Wirtschaft von Parteien und Verbänden unabhängig.
Sie ist als gemeinnützige Vereinigung voll anerkannt.

Februar 2008



Kinder, Kinder, welch ein Streit!

Grundsätze können den Menschen leiten. Sie können ihm aber auch im Wege herumliegen. Das wiederum liegt nicht an den Grundsätzen, sondern an den Menschen, die nicht recht gelernt haben, mit Grundsätzen klug umzugehen.

Die Familienpolitik bietet gegenwärtig – und sicherlich auch noch in der absehbaren Zukunft – ein Beispiel dafür, was passiert, wenn Prinzipienreiterei mit Prinzipientreue verwechselt wird. Es geht um Krippenausbau und Betreuungsgeld, also um die Verwendung von Mitteln, die nach Aussage aller Streitbeteiligten so oder so den Kindern zugute kommen sollen. Die Krippenbetreuung soll den Eltern die Chance lassen, sich für Kinder zu entscheiden, ohne auf Berufsausübung und Erwerbstätigkeit zu verzichten. In den Krippen soll die Betreuung selbstverständlich „gut“ sein, damit alle Kinder die Chance einer späteren „guten“ Entwicklung bekommen, die sie zu „guten“ Bürgern macht. Das Betreuungsgeld wird an die Eltern gezahlt, die ihre Berufstätigkeit unterbrechen, um sich den Kindern zu Hause zu widmen. Auch so will die Gesellschaft dafür sorgen, dass aus kleinen Kindern eines Tages „gute“ Bürger werden.

Nun kann man – aus unterschiedlichen Blickwinkeln – mehr dem einen oder mehr dem anderen Modell zuneigen. Aber es gibt keinen überzeugenden Grund, das Krippenmodell schlankweg als „Kinderverstaatlichung“ zu verteufeln oder das Betreuungsgeld als „Zeugungsprämie für Arbeitsverweigerer“ herabzuwürdigen.

Da es doch den einen wie den anderen „um die Zukunft“ geht, wird man fragen dürfen, ob – bei aller Bereitschaft zum Streit über Grundsätze – nicht etwas mehr Gelassenheit am Platze wäre. Beide Modelle bieten eine Chance, beide Modelle haben ihre Risiken. Vielleicht ist es gerade deshalb empfehlenswert, in der Familienpolitik nicht alles auf eine Karte zu setzen. Es versteht sich, dass ein solcher Rat keine Einladung an die Politik sein sollte, nun versuchshalber reichlich mit Geld um sich zu werfen.

Hans D. Barbier

Arbeitskosten-Vergleich

Die sogenannten Billiglohnländer holen auf: 2006 stiegen die Lohnkosten pro Stunde in der Tschechischen Republik um knapp zwölf Prozent auf 7,40 €. In Lettland verteuerte sich eine Arbeitsstunde um 23 Prozent und kostete damit 3,70 €. In Rumänien schließlich wuchsen die Kosten sogar um 23,5 Prozent auf 2,90 €. In Deutschland wurde dagegen nur ein Zuwachs von 1,1 Prozent verzeichnet – der geringste Anstieg beim EU-Vergleich des Statistischen Bundesamtes. Absolut gesehen war Deutschland mit durchschnittlich 28,70 € pro Arbeitsstunde allerdings immer noch weit teurer als die osteuropäischen Nachbarn.

Insgesamt belegte Deutschland im europäischen Arbeitskosten-Vergleich Platz sechs. Die teuerste Arbeitsstunde wurde in Dänemark berechnet; dort kostet die Stunde 33,80 €. Auch in Schweden, Luxemburg, Belgien und Frankreich lagen die Arbeitskosten höher als in Deutschland.

www.destatis.de

Attraktive Standorte

Rund 18 Prozent der Unternehmen mit 100 und mehr Beschäftigten in Deutschland haben zwischen 2001 und 2006 Teile ihrer Aktivitäten ins Ausland verlagert oder planen eine Verlagerung bis Ende 2009. Rund 60 Prozent der Unternehmen verlegten ihren Standort nach Mittel-

und Osteuropa, in die zwölf „neuen“ EU-Staaten. Ein gutes Drittel wurde in China aktiv, und 30 Prozent haben in den „alten“ EU-Staaten ein weiteres oder neues Standbein für das Unternehmen aufgebaut. Rund 38 Prozent gaben mehrere Zielstaaten an, sodass sich die Anteile nicht zu 100 Prozent addieren. Bei den verlagerten Unternehmensteilen handelt es sich vor allem um die Buchhaltung, Call-Center und Teile der Produktion.

Für die Standortwahl der befragten Unternehmen waren neben der besseren Positionierung im Wettbewerb (73 Prozent) auch die geringeren Lohnkosten (67 Prozent) ausschlaggebend; der Zugang zu neuen Märkten wurde als dritter Verlagerungsgrund genannt (55 Prozent).

www.destatis.de

Neue Regeln für Banken?

Peer Steinbrück, Bundesminister der Finanzen, fordert strengere Bilanzregeln für Banken. Hintergrund ist die aktuelle Finanzkrise, die durch die Immobilienkrise in den USA ausgelöst wurde. Zu den Verwerfungen konnte es vor allem kommen, weil Banken Teile ihrer Kreditrisiken außerhalb der Bilanz vor der Finanzaufsicht „verbergen“ konnten. Diese Regulierungslücke sei zu schließen. Darüber hinaus sollen die seit Jahresbeginn 2007 für die EU-Mitgliedsländer geltenden Ei-

genkapitalvorschriften – Stichwort Basel II – überprüft werden, vor allem in Bezug auf hochriskante Finanzprodukte. Steinbrück zielt auf eine internationale oder europäische Regelung ab, will notfalls aber auch den nationalen Alleingang wagen.

Grundsätzlich sind Bemühungen um eine verbesserte Ordnung des Finanzsektors zu begrüßen. Finanzkrisen können Volkswirtschaften in den Abgrund reißen. Deshalb kontrolliert der Staat den Kreditsektor bereits strenger als andere Wirtschaftsbereiche. Dass Banken im Bewusstsein ihrer gesamtwirtschaftlichen Bedeutung – die Versorgung der Wirtschaft mit Geld – es immer wieder verstanden haben, Gewinne zu privatisieren, durch Spekulation entstandene Verluste aber auf die Gemeinschaft abzuwälzen, also zu „sozialisieren“, ist zwar beklagenswert. In Deutschland sind von der derzeitigen Krise aber hauptsächlich einige Landesbanken und die IKB Deutsche Industriebank AG betroffen. An diesen Banken ist die Politik bereits maßgeblich bei Aufsicht und Kontrolle eingebunden. Mit Blick auf die Schiefelage dieser Geldinstitute wäre ein geringerer politischer Einfluss wünschenswert. Zum anderen gaukelt der angedeutete Alleingang Deutschlands nur Scheinsicherheit vor, da eine allein auf Deutschland bezogene Regulierung auf den hochgradig internationalisierten Finanzmärkten wenig bis keine Wirkung zeigen dürfte.

www.faz.net

Standortbestimmung

Die zum Jahresbeginn von Handy-Hersteller Nokia angekündigte Werksschließung in Bochum lässt Deutschland auf den ersten Blick als Verlierer im Standortwettbewerb erscheinen. Bei genauer Betrachtung ist das Urteil allerdings weniger eindeutig.

Die Standortverlagerung des Nokia-Konzerns nach Rumänien kostet Schätzungen zufolge bis zu 4 000 Arbeitsplätze in Bochum und Umgebung. Da überrascht es nicht, dass Belegschaft, Politik und Gewerkschaften für den Erhalt der Arbeitsplätze im Ruhrgebiet streiten. Sie wollen das Unternehmen zur Revision der Standortverlagerung bewegen.

Zahlreiche – auch deutsche – Unternehmen sind seit langem vor allem in den osteuropäischen Ländern vertreten. Derzeit verfügen rund die Hälfte der deutschen Industrieunternehmen über Standorte im Ausland. Osteuropa spielt dabei seit Mitte der 1990er Jahre aufgrund der räumlichen Nähe eine große Rolle.

Von „Verlagerungswelle“ keine Spur

Einer Umfrage des Beratungsunternehmens Ernst & Young zufolge planen aktuell 13 Prozent der befragten Unternehmensleitungen in Deutschland Standorte im Ausland; vor drei Jahren waren es noch zwanzig Prozent. Eine Untersuchung des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts der Hans-Böckler-Stiftung hat in einer Befragung von Betriebsräten herausgefunden, dass in den letzten Jahren keine Zunahme von Verlagerun-

gen festzustellen sei. Das könnten Hinweise darauf sein, dass die vor gut zehn Jahren begonnenen Standortverlagerungen ihren Höhepunkt überschritten haben. Weil aufgrund des europäischen Binnenmarktes Güter- und Kapitalmärkte ohnehin seit Jahren weitgehend liberalisiert sind, rechnen Wirtschaftsforscher nicht mit einem drastischen Ansteigen der Verlagerungen.

Seit dem Jahr 2000 sind knapp 190 000 Arbeitsplätze aus Deutschland ins Ausland verlagert worden; rund 60 Prozent davon sind in die zwölf mittel- und osteuropäischen EU-Länder abgewandert. Zugleich schufen Unternehmen, die ihre Standorte verlagerten, 105 000 neue Arbeitsplätze an ihren alten Standorten in Deutschland. Manche Ökonomen sind davon überzeugt, dass durch Standortverlagerungen mehr neue Arbeitsplätze in Deutschland entstanden sind. Welche und wie viele das sind, lässt sich nicht exakt ermitteln. Oft werden nämlich nur bestimmte Vor- oder Zwischenprodukte in Niedriglohnländern hergestellt, die Endmontage findet aber in Deutschland statt. Umgekehrt leisten deutsche Unternehmen Vorarbeiten, die dann am ausländischen Standort der Endproduktion dienen. Beispielsweise wird das neue Nokia-

Werk in Rumänien von einem Unternehmen aus Bielefeld geplant und gebaut.

Noch können die Statistiker des Statistischen Bundesamtes nicht genau sagen, welche Arbeitsplätze – für Niedrig- oder Hochqualifizierte zum Beispiel – verloren gingen. Fest steht aber, dass keineswegs jedem in Polen, Rumänien, oder Ungarn von deutschen Unternehmen eingerichteten Arbeitsplatz ein verlorener Arbeitsplatz in Deutschland gegenüber steht. Die meisten Unternehmen haben nicht nur Fabriken dorthin verschoben, wo die Löhne niedrig sind, sondern zudem Kapazitäten ausgeweitet.

Verlagerungsgrund Arbeitskosten

Häufig werden die günstigen Arbeitskosten als Grund für den neuen Auslandsstandort angeführt. Diese Kostenvergleiche sind mit Vorsicht zu genießen: Die Arbeitskosten pro Stunde liegen zum Beispiel im Durchschnitt der osteuropäischen Länder nur bei 15 bis 20 Prozent des deutschen Niveaus. Die Kostenvorteile relativieren sich, wenn die unterschiedliche Produktivität in die Betrachtung einfließt. Die durchschnittlichen Lohnstückkosten – das sind die Lohnkosten pro Produkteinheit –, die Produktivitätsunterschiede berücksichtigen, sind in den osteuropäi-



„Deutschland ist wie kaum eine andere Wirtschaft weltweit vernetzt und integriert in die Globalisierung. 40 Prozent unseres Bruttosozialprodukts erwirtschaften wir über Außenwirtschaftsbeziehungen.“

Peer Steinbrück, Bundesminister der Finanzen

schen EU-Ländern oftmals sogar höher als in Deutschland. Das merken auch die Unternehmen. In den vergangenen Jahren sind rund ein Viertel der Unternehmen, die ihre Produktion ins Ausland verlegt hatten, wieder nach Deutschland zurückgekehrt. Mangelhafte Qualität, stockende Produktionsabläufe oder logistische Probleme haben den vermeintlichen Lohnkostenvorteil zunichte gemacht.

Wem nutzen die Standortverlagerungen?

Die ungehinderte, grenzüberschreitende Standortwahl ist gesamtwirtschaftlich vorteilhaft, wenn auch nicht zwangsläufig aus der Perspektive aller Beteiligten. Manche positive Entwicklung zeigt sich zudem erst mittel- bis langfristig und erst auf den zweiten Blick. Niedrigere Produktionskosten an neuen Standorten können zu geringeren Verkaufspreisen führen und die Absatzchancen verbessern. Das wiederum zieht mehr Produktion und in einem weiteren Schritt mehr Beschäftigung nach sich – und zwar sowohl im Ausland als auch in Deutschland.

Die Auslandsinvestitionen bewirken eine steigende Nachfrage an den ausgelagerten Standorten – auch nach deutschen Produkten. Neue Arbeitsplätze bedeuten Kaufkraft. Die hat in der Vergangenheit dort am schnellsten zugenommen, wo ausländische Unternehmen ihre Fabriken aufgebaut haben.

Davon profitiert auch Deutschland: Der deutsche Handel mit Mittel- und Osteu-

ropa hat laut Angaben des Ost-Ausschusses der Deutschen Wirtschaft im 1. Halbjahr 2007 mit über 133,9 Milliarden € ein neues Rekordniveau erreicht, der deutsche Handelsumsatz mit den Ländern Mittel- und Osteuropas ist um 17,2 Prozent gewachsen. Im Vergleich dazu betrug der Handelsumsatz mit den USA 59,3 Milliarden € und mit China 39,2 Milliarden €.

Rund 15 Prozent des gesamten deutschen Handelsumsatzes entfallen inzwischen auf Mittel- und Osteuropa. Volkswirte gehen davon aus, dass das Handelsvolumen in Zukunft weiter steigen wird – vorausgesetzt, die Kaufkraft in Polen, der Tschechischen Republik, Rumänien und anderswo wächst weiter.

Guter Standort, schlechter Standort?

Bei der Diskussion um Standortverlagerungen kann nicht in „gute“ und „schlechte“ Arbeitsplätze unterschieden werden: Ein Arbeitsplatz in Bochum ist nicht grundsätzlich wertvoller als einer in Cluj oder Bratislava.

Wenn Arbeitsplätze verlagert werden, ist das immer bitter für diejenigen, die davon betroffen sind. Nimmt man die aktuell vom Statistischen Bundesamt veröffentlichten Zahlen, sind in Deutschland innerhalb von sieben Jahren per Saldo rund 85 000 Arbeitsplätze durch Produktionsverlagerungen verschwunden. Aber: Allein 2007 hat die Konjunktur für 650 000 neue Stellen im Land gesorgt. Zur Einordnung der über die Jahre entstandenen Arbeitsplatzverluste durch

Subventions-Richtlinien

Für Betriebsverlagerungen dürfen nach der Verordnung für die EU-Strukturförderung keine Subventionen gezahlt werden. Auf Drängen Deutschlands hat die EU 2006 eine zusätzliche Regel für Investitionen über 50 Millionen € eingeführt. Seitdem muss Brüssel „negative Subventionswirkungen“ auf andere EU-Länder prüfen.

Die einzelnen Fördermöglichkeiten:

Investitionszuschüsse

Wer in Deutschland investieren will, kann staatliche Zuschüsse beantragen; zuständig sind üblicherweise die Landesregierungen.

Bund und Länder können eine Investition im Rahmen der „Gemeinschaftsaufgabe zur Förderung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ bezuschussen. Der staatliche Zuschuss wird je zur Hälfte von Bund und dem entsprechenden Bundesland finanziert. Die Bundesländer nutzen bei ihrer Ko-Finanzierung den EU-Strukturfonds.

Die EU-Kommission sieht in Deutschland nur die neuen Bundesländer als Höchstfördergebiet. Dort dürfen größere Investitionen mit bis zu 35 Prozent subventioniert werden; in den alten Bundesländern gelten niedrigere Sätze.

Infrastrukturförderung

Neben Unternehmen erhalten auch Kommunen spezielle Fördermittel zum Aufbau ihrer Infrastruktur. Zum Beispiel können Gewerbegebiete bezuschusst werden. Rumänien hat schon vor seinem EU-Beitritt Beihilfen für den Ausbau von Gewerbegebieten erhalten. In den ersten Bauabschnitt des Industrieparks in der Gemeinde Jucu – dort wird Nokia das neue Werk ansiedeln – flossen 3,4 Millionen € EU-Mittel.

Investitionszulage

In den neuen Bundesländern können zusätzlich steuerfreie Zulagen gewährt werden. Sie betragen 25 Prozent der Investitionssumme für kleine und mittlere Firmen, Großunternehmen erhalten die Hälfte.

In Deutschland wollen Bund und Länder im laufenden Jahr mit rund 1,3 Milliarden € Standortförderung betreiben; 85 Prozent davon werden in die neuen Bundesländer fließen.

Standortverlagerungen sollte ebenso bedacht werden, dass durch die Erhöhung der Mehrwertsteuer zu Jahresbeginn 2007 rund 100 000 Arbeitsplätze in Deutschland verloren gegangen sind.

Alles also nicht so schlimm? Doch, und zwar dann, wenn politische Eingriffe die Bedingungen für Wirtschaftsstandort und Arbeitsplätze zusätzlich erschweren. Beispielsweise behindern staatliche Subventionen, die Unternehmen wie Nokia nach Deutschland locken sollen, eine nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung, die

länger als die geschlossene Subventionsvereinbarung hält. Wäre Nokia vor zehn Jahren nicht mit Zigmillionen nach Bochum gelockt worden – was hätte mit dem Geld anderes entstehen können?

Gut ausgebildete Arbeitskräfte, verlässliche Infrastruktur, gesundes Gründerklima: Solche Instrumente beeinflussen den Standortwettbewerb dauerhaft positiv. Subventionen und andere direkte Interventionen des Staates können das nachweislich nicht.

Andreas Schirmer

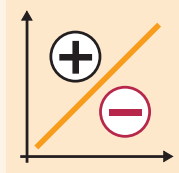


„Trotz Bankenkrise und Nokia-Schließung können wir weiter zuversichtlich sein: Der Aufschwung am Arbeitsmarkt hält an. Es gibt einen robusten Aufwärtstrend.“
Olaf Scholz, Bundesminister für Arbeit und Soziales

IM KLARTEXT

Februar 2008

INDEX




Die Soziale Marktwirtschaft im Februar 2008

Ludwig Erhard hat mit der Sozialen Marktwirtschaft eine Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung realisiert, in der jeder die Chance hat, seine Lebensumstände in eigener Verantwortung zu gestalten. Wie es um die Soziale Marktwirtschaft heute steht, lässt sich nicht mit wenigen Worten sagen. Die Ludwig-Erhard-Stiftung möchte dennoch eine komprimierte Beurteilung vornehmen. Sie beleuchtet Monat für Monat einen besonderen Aspekt der Grundziele, die sich aus dem Leitbild der Sozialen Marktwirtschaft ergeben: Vollbeschäftigung, Geldwertstabilität und Eigenverantwortung.

Vollbeschäftigung 
Nach Angaben der Bundesagentur für Arbeit (BA) waren im Januar 2008 rund 3,7 Millionen Menschen ohne Arbeit. Das waren rund 253 000 mehr als im Dezember 2007, aber 625 000 weniger als im Januar des Vorjahres. Die offizielle Januar-Arbeitslosigkeit lag damit auf dem niedrigsten Stand seit 15 Jahren.

Als Gründe für die vergleichsweise günstige Januar-Entwicklung werden von der BA vor allem die vollen Auftragsbücher der Unternehmen und der milde Winter ange-

führt. In vielen Außenberufen – beispielsweise im Baugewerbe, in der Landwirtschaft oder in Forstbetrieben – hätte weitgehend durchgearbeitet werden können.

Eigenverantwortung 
Die Überschuldung von Privatpersonen in Deutschland hat 2007 weiter zugenommen. Als überschuldet gilt, wer die Summe seiner fälligen Zahlungsverpflichtungen auch in absehbarer Zeit nicht begleichen kann und wem weder Vermögen noch Kreditmöglichkeiten zur Verfügung stehen. Oder kurz: Die zu leistenden monatlichen Gesamtausgaben übersteigen die Einnahmen.

Für Deutschland wurde eine Schuldnerquote von 10,9 Prozent ermittelt. Das bedeutet: Rund 7,3 Millionen Bürger sind überschuldet. Im Vergleich zu 2006 sind weitere 150 000 Schuldner hinzugekommen, ein Zuwachs von 2,1 Prozent. Bedenklich ist, dass es trotz des konjunkturellen Aufschwungs keine Entspannung gab: Zwar mildert die zurückgehende Arbeitslosigkeit den Anstieg der Schuldner-

Überschuldung

Ursachen für Zahlungsunfähigkeit, Schuldner in Millionen

Arbeitslosigkeit	2,2
Scheidung/Trennung	1,1
Konsumverhalten	1,0
zu geringes Einkommen	0,7
Krankheit	0,5
Sonstiges	1,8

Quelle: Creditreform

quoten. Aber Jahr für Jahr melden mehr Bürger Privatinsolvenz an, und die Zahl der überschuldeten Personen steigt weiter.

Geldwertstabilität



Im Jahresdurchschnitt 2007 erhöhten sich die tariflichen Angestelltegehälter um zwei Prozent. Die Stundenlöhne der Arbeiter erreichten mit einem Plus von 2,5 Prozent sogar den höchsten Zuwachs seit vier Jahren. Die Durchschnittswerte sind mit Vorsicht zu betrachten: Während zum Beispiel im Maschinenbau sowohl Angestelltegehälter als auch Arbeiter-Stundenlöhne überdurchschnittlich stiegen (+3,6 Prozent Angestellte; +4,0 Prozent Arbeiter), blieben die

Zuwächse der Beschäftigten bei Energie- und Wasserversorgern unter dem Durchschnitt (+1,4 Prozent Angestellte; +1,2 Prozent Arbeiter). Auf jegliche Einkommensteigerung mussten Angestellte und Arbeiter im Öffentlichen Dienst verzichten, sie erhielten keine Tariferhöhungen.

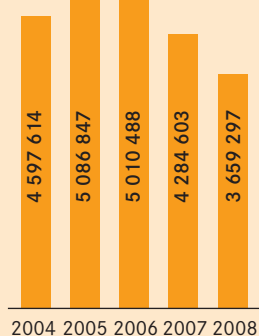
Weil die Teuerungsrate in Deutschland im Jahresdurchschnitt 2007 gegenüber 2006 um 2,2 Prozent gestiegen ist, haben demzufolge Beschäftigte mit unterdurchschnittlichen Tariferhöhungen reale Kaufkraftverluste erlitten – von nicht-tarifgebundenen Arbeitnehmern ganz zu schweigen.

Tarifverdienste

	Monatsgehälter Angestellte	Stundenlöhne Arbeiter
2000	2,3	2,2
2001	2,5	2,2
2002	2,3	2,1
2003	2,7	2,5
2004	2,0	2,0
2005	1,3	1,2
2006	1,2	1,5
2007	2,0	2,5

Änderungen zum Vorjahr, in Prozent
Quelle: Statistisches Bundesamt

Arbeitslose



jeweils Januar
Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Impressum:

Herausgeber: Ludwig-Erhard-Stiftung · Johanniterstraße 8 · 53113 Bonn
Telefon 0228 / 5 39 88-0 · Telefax 0228 / 5 39 88-49
Redaktion: Andreas Schirmer · Fotos: dpa (innen); BMin Arbeit und Soziales
Druck und Herstellung: Druckerei Gerhards GmbH, Bonn-Beuel
erscheint monatlich · www.ludwig-erhard-stiftung.de

Ludwig Erhard